

Regierungsratsbeschluss

vom 19. September 2006

Nr. 2006/1718

KR.Nr. A 077/2006 (DDI)

Auftrag Fraktion FDP: Kampagne für Gewaltverzicht (27.06.2006); Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Der Kanton wird beauftragt, ein Konzept für eine Kampagne Gewaltverzicht unter Jugendlichen zu erarbeiten. Die Kampagne soll breit abgestützt sein und die Schulen (Volksschulen, Berufsschulen und Kantonsschulen), Polizei, Jugendverbände, Kulturveranstalter, Ausländervereine, Elternräte und Jugendkommissionen einbinden.

2. Begründung

Die Gewalt unter Jugendlichen ist zunehmend ein Thema im Kanton Solothurn und hat mit diversen Vorfällen, erwähnt seien nur das Märet-Fest in Solothurn oder die Schlägerei an der Chilbi in Olten, an Brisanz gewonnen. Unserer Ansicht nach handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auf verschiedenen Ebenen – Eltern, Schulen, Jugendarbeit, Polizei, Justiz, etc. – bekämpft werden muss.

Aus den Diskussionen der letzten Wochen ist die Idee einer «Kampagne Gewaltverzicht» geboren worden: Vertreter von Schulen, Polizei, Jugendverbänden, Kulturveranstalter, Ausländervereine und Elternräte erarbeiten gemeinsam eine «Charta gegen Gewalt». Die Jugendlichen unseres Kantons werden motiviert und allenfalls mit Workshops animiert, sich zu dieser Charta zu bekennen, sie zu unterschreiben und sich damit öffentlich zum Gewaltverzicht zu bekennen. Denkbar ist auch ein Ansteckbutton «Ich verzichte auf Gewalt» o.ä., mit welchem sich einzelne Jugendliche, Vereine, ganze Schulklassen oder Konzertbesucher sichtbar gegen Gewalt aussprechen. Die Charta fördert die Diskussion im präventiven Sinn an den Schulen, in den Vereinen, unter den Jugendlichen allgemein und soll die Jugendlichen auffordern, aktiv gegen Gewalt Stellung zu beziehen im Sinne von «Gewalt ist uncool!», ähnlich wie das bei Raucherkampagnen schon der Fall war. Diese Kampagne soll von den Medien eng begleitet werden.

Eine ähnlich lautende Motion ist vom Gemeinderat der Stadt Solothurn mit 29:1 Stimmen überwiesen worden. (Gewalt ist sicher nicht nur ein städtisches Thema, obschon sie sich dort am meisten äussert; darum ist der ganze Kanton einzubinden!)

Nachhaltige flankierende Massnahmen müssen der Kampagne folgen (Arbeitsgruppe gegen Gewalt, wie sie bereits konstituiert worden ist).

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Wie die FDP-Fraktion sind wir der Meinung, dass es sich beim Problem „Gewalt unter Jugendlichen“ um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, das auf verschiedenen Ebenen angegangen werden muss. Das "Boulevardisieren" von Einzelfällen führt – bei allem Verständnis für das Einzel-schicksal – auch Jahre danach nicht weiter.

Das Amt für soziale Sicherheit ASO erarbeitete im Auftrag des Departementsvorstehers des Departementes des Innern und in unserem Einverständnis im Oktober 2005 (nachgeführt im Dezember 2005 und Mai 2006) eine Diskussionsgrundlage zum Thema Jugendgewalt und bildete eine "Startgruppe Prävention Jugendgewalt". Vertreten waren: Jugendanwaltschaft, Polizei Kanton Solothurn, Fachkommission Jugend, Amt für soziale Sicherheit, Schulpsychologischer Dienst, Amt für Wirtschaft und Arbeit, Kinder- und jugendpsychiatrischer Dienst, Motorfahrzeugkontrolle.

Die Diskussionsgrundlage beinhaltet einen theoretischen Überblick über das Thema „Gewalt“, eine Bestandesaufnahme, einen Vergleich der Massnahmen aus anderen Kantonen, eine Auflistung verschiedenster Projekte, welche unter dem Begriff "evidenzbasiert" von Wissenschaft und Forschung begleitet werden, damit die Wirksamkeit nachgewiesen werden kann, sowie 40 Empfehlungen (Beilage).

In der Folge wurde eine erweiterte Steuerungsgruppe aus Vertretern und Vertreterinnen der kantonalen Verwaltung, Gemeinden und anderen Institutionen einberufen. Als Ergebnis daraus ergaben sich zwei strukturelle Massnahmen, die inzwischen realisiert sind:

- 1) Aufbau eines Jugenddienstes bei der Polizei Kanton Solothurn. Am 4. Juli 2006 beschlossen wir (RRB Nr. 2006/1271) mittels Organisationsänderung die Schaffung des Jugenddienstes der Polizei des Kantons Solothurn, welche sowohl präventive wie repressive Aufgaben hat.
- 2) Bildung einer Koordinationsstelle Gewaltprävention beim Amt für soziale Sicherheit. Diese ist seit Mai 2006 mit 60% tätig.

Weiter haben wir mit RRB Nr. 2006/1268 vom 4. Juli 2006 eine erweiterte interdisziplinäre Arbeitsgruppe Jugendgewalt mit folgendem (zusammengefassten) Auftrag eingesetzt:

- Das Departement des Innern wurde beauftragt, bis zum 31. März 2007 ein von der Arbeitsgruppe zu erarbeitendes Umsetzungskonzept zur wirksamen Gewaltprävention – aber auch zu weiteren Interventionsmassnahmen – vorzulegen.
- Einzelmassnahmen seien situativ und entsprechend dem Bearbeitungsstand, der verfügbaren finanziellen Mittel und personellen Ressourcen vorzeitig auszulösen.

Die von uns eingesetzte Arbeitsgruppe hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Per Ende März 2007 wird das Departement des Innern das Umsetzungskonzept (konkreter Massnahmenplan) vorlegen.

Erste Gespräche zeigen, dass im 2. Quartal 2007 (vor der warmen Jahreszeit) eine Präventionskampagne sinnvoll ist. Dabei ist auch hier von einem umfassenderen Kampagnenbegriff auszugehen. "Eine Kampagne ist die dynamische und bewusste (Mit-) Gestaltung von Veränderungsprozessen.

Dabei werden zum Beispiel bewusst die Lancierung neuer Produkte, Dienstleistungen oder Massnahmen mit gezielten Kommunikationsstrategien verbunden. Angestrebt werden dabei Interventionen und Auseinandersetzungen mit den Inhalten, um das Verhalten der anderen zu ändern oder die eigenen Ziele zu verwirklichen."

Die Basis jeder Kampagne sind somit konkrete Projekte, die zum Zeitpunkt des Kampagnenbeginns vorhanden sein müssen. Damit eine Kampagne die gewünschte Wirkung erzielen kann, muss sie in einem Gesamtkonzept eingebettet sein.

Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Sozial- und Gesundheitskommission

Beilagen

Auszug aus dem Grundlagenbericht Gewalt – Jugendgewalt vom Dezember 2005/Mai 2006;
Kapitel 4: Empfehlungen

Verteiler

Amt für soziale Sicherheit (4; CHA, BRU, WEI, Ablage)
Arbeitsgruppe Jugendgewalt (elektronischer Versand durch ASO)
Aktuarin SOGEKO
Traktandenliste Kantonsrat
Parlamentsdienste